



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)  
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de  
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.06.2023

Dringlichkeitsaktion 11/23 – **VIETNAM:** *Duong Van Thai, u.a.*

Entführungen, willkürliche Haft, Sorge um Sicherheit



**Vietnam:** 88,7 Mio. Einwohner auf 331.114 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 1.400 \$ (2012), Bevölkerung: 87% Vietnamesen, Hmong, Thai, Khmer, Chinesen; Religion: über 50% Buddhisten, 8-10% Christen (v.a. Katholiken und protestantische „Hauskirchen“), 2-4% Anhänger des Hoa Hao, 2% Anhänger des Caodaismus, Minderheit von Muslimen. Vietnam hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Der freiberuflich tätige vietnamesische Journalist und Blogger **Duong Van Thai** hatte aufgrund der Verfolgung von Medienschaffenden in seiner Heimat vor vier Jahren in Thailand Zuflucht gesucht. Seit dem 13. April 2023 wird er vermisst. Es ist zu befürchten, dass er entführt wurde.

Die einzige offizielle Information über sein Schicksal ist laut Reporter ohne Grenzen (Reporters sans Frontières – RSF) eine Mitteilung der Polizei in der Provinz Ha Tinh in Zentralvietnam vom 14. April (dem Tag nach seiner Entführung), wonach er wegen „illegaler Einreise“ aus Laos nach Vietnam verhaftet worden sei.

Die Behörden in Vietnam haben sich nicht geäußert, obwohl sie ihn nach der vietnamesischen Strafprozessordnung innerhalb von neun Tagen entweder freilassen oder formell anklagen müssen. Diese Frist ist am 23. April abgelaufen, ohne dass bisher eine offizielle Erklärung zu seinem Schicksal abgegeben wurde.

Drei Tage nach Ablauf der Frist für die Freilassung oder die Anklageerhebung gegen Thai kontaktierte RSF das Polizeipräsidium in der Provinz Ha Tinh, wo er angeblich festgehalten wird. Eine Antwort blieb aus.

RSF hat von vertraulichen Quellen erfahren, dass der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Vietnams, Nguyen Phu Trong, für die Entführung in Thailand verantwortlich sein könnte.

Da der Blogger Thai über gute, hochrangige Quellen in der Kommunistischen Partei verfügte, konnte er viele Informationen in Form von schriftlichen Beiträgen und Videos über Korruption und Machtkämpfe innerhalb der Partei veröffentlichen. Dies könnte für den Generalsekretär Anlass gewesen sein, ihn entführen zu lassen. Im Jahr 2020 wurde Thai vom Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der UNO in der thailändischen Hauptstadt Bangkok der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Am 20. April 2023 richtete RSF eine schriftliche Anfrage an das thailändische Innenministerium, um Informationen über das „Verschwinden“ zu erhalten. Die Entführung hätte nach Expertenmeinung nicht ohne die passive Komplizenschaft lokaler Beamter durchgeführt werden können. Das Ministerium hat nicht geantwortet.

Bereits im Januar 2019 wurde **Truong Duy Nhat**, ein Mitarbeiter des vietnamesischen Dienstes von Radio Free Asia, im Herzen von Bangkok entführt. Am 9. März 2020 wurde er in Vietnam wegen „Missbrauchs seiner Position und Macht im Dienst“ zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Fälle erinnern an die Entführung des ehemaligen vietnamesischen Politikers **Trinh Xuan Thanh** im Juli 2017 in Berlin (vgl. Briefaktion Juni 2022). Dieser wurde in Vietnam zu zwei Mal lebenslänglicher Haft verurteilt. 12 mutmaßliche Täter erhielten hingegen im Jahr 2020 hohe Auszeichnungen.

Mit der Briefaktion fordern wir auch die Freilassung des prominenten Umweltaktivisten **Dang Dinh Bach**. Nachdem er eine Kampagne für einen Ausstieg aus der Nutzung von Kohle als Energieträger in Vietnam geführt hatte, wurde Bach am 24. Mai 2021 festgenommen und im Januar 2022 wegen angeblicher Steuerhinterziehung zu 5 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil fiel härter aus als üblicherweise bei Anklagen wegen Steuerhinterziehung. UN-Experten halten es für politisch motiviert. Bach hat anlässlich des 2. Jahrestages seiner Festnahme einen erneuten Hungerstreik angekündigt. Es besteht Anlass zu Sorge um seine Gesundheit.



Bitte schreiben Sie an den Ministerpräsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Vietnam, Luftpost, 1,10 EUR; nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.06.2023.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/53630200, S.E. Herrn Vu Quang Minh; E-Mail: info@vietnambotschaft.org ]



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)  
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de  
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.06.2023

## Dringlichkeitsaktion 12/23 – VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE:

*Dr. Khalaf Abdulrahman Al-Romaithi und Ahmed Mansoor, willkürliche Haft*



Vereinigte Arabische Emirate: 9,2 Mio. Einwohner auf 77.700km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 36.040 \$ (2012), Bevölkerung: über 70% Araber, bis zu 10% Nomaden; Iraner, Inder, Bangladescher, Pakistaner, Philippiner, 75% Ausländer; Religion: 96% Muslime (80% Sunniten, 16% Schiiten), 3% Christen. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert, nicht jedoch den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte*.



Der Geschäftsmann **Dr. Khalaf Abdulrahman Al-Romaithi** wurde in Jordanien festgenommen. Der 58-Jährige stammt aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Er besitzt zusätzlich die türkische Staatsangehörigkeit und war mit einem gültigen türkischen Pass nach Jordanien eingereist.

Dr. Al-Romaithi hatte in den VAE mehrere Verwaltungspositionen inne. Er ist auch Mitglied der Gruppe VAE 94. Dieser Gruppe werden Angehörige der Zivilgesellschaft zugerechnet, die im Jahr 2011 demokratische Reformen in den VAE gefordert haben. Am 02. Juli 2013 war Al-Romaithi in Abwesenheit zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Das Verfahren entsprach nicht den internationalen Standards für einen fairen Prozess.

Die Menschenrechtsorganisation Gulf Centre for Human Rights (GCHR) berichtet, dass die Zusammenarbeit zwischen dem jordanischen Geheimdienst und dem Staatssicherheitsapparat der VAE dazu geführt hat, dass Dr. Khalaf Abdulrahman Al-Romaithi, an die VAE ausgeliefert wurde.

GCHR und Human Rights Watch beklagen einen Verstoß gegen die Gesetze Jordaniens und im Hinblick auf die Foltergefahr in den VAE zugleich einen Verstoß gegen das Völkerrecht.

Am 7. Mai 2023 wurde Al-Romaithi auf Ersuchen der VAE auf dem Flughafen von Jordaniens Hauptstadt Amman festgenommen. Ihm wurde mitgeteilt, dass ein Haftbefehl vorliege, der von der arabischen und internationalen Polizeiabteilung / Interpol auf Ersuchen der VAE ausgestellt worden war.

Noch am selben Tag wurde er einem Richter vorgeführt, eine Anhörung wurde für den 21. Mai 2023 angesetzt und er wurde gegen Kautionsfreilassung freigelassen.

Am darauffolgenden Tag, dem 8. Mai 2023, wurde Al-Romaithi jedoch um 17 Uhr in einem Café in Amman von vier Mitgliedern eines jordanischen Sicherheitsdienstes festgenommen, die vermutlich in Zivil gekleidet waren. Sie teilten Al-Romaithi mit, dass der Freilassungsbeschluss aufgehoben und der Anhörungstermin auf den 16. Mai 2023 vorverlegt worden sei.

Doch bereits am 12. Mai 2023 lieferten die jordanischen Behörden Al-Romaithi an die VAE aus, obwohl das Gericht in Amman den Auslieferungsantrag der VAE abgelehnt hatte. Die staatlichen emiratischen Medien behaupteten, Al-Romaithi sei ein „Terrorist“, dem die Gründung und der Aufbau einer Geheimorganisation vorgeworfen werde, die mit der terroristischen Muslimbruderschaft verbunden sei.

Weiterhin in den VAE inhaftiert ist auch der Menschenrechtsverteidiger **Ahmed Mansoor**, für den sich ACAT mit zahlreichen Aktionen eingesetzt hat.

Wir erinnern die Regierung des Landes an das Schicksal des Bloggers, der u.a. aufgrund von kritischen Äußerungen zum Jemen-Krieg zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde. Am 31. Dezember 2018 hatte die Staatssicherheitskammer des Obersten Gerichtshofs in Abu Dhabi in einem unfairen Prozess das Urteil bestätigt.

Mansoor wird unter inhumanen Bedingungen festgehalten und hat in der Haft Misshandlungen erlitten.



Bitte schreiben Sie an den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost, 1,10 EUR; nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung möglichst innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 30.06.2023.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/51651900, S.E. Herrn Ahmed Waheeb Maaz Ahmed Alattar; Email: berlinemb.amo@mofaic.gov.ae ]